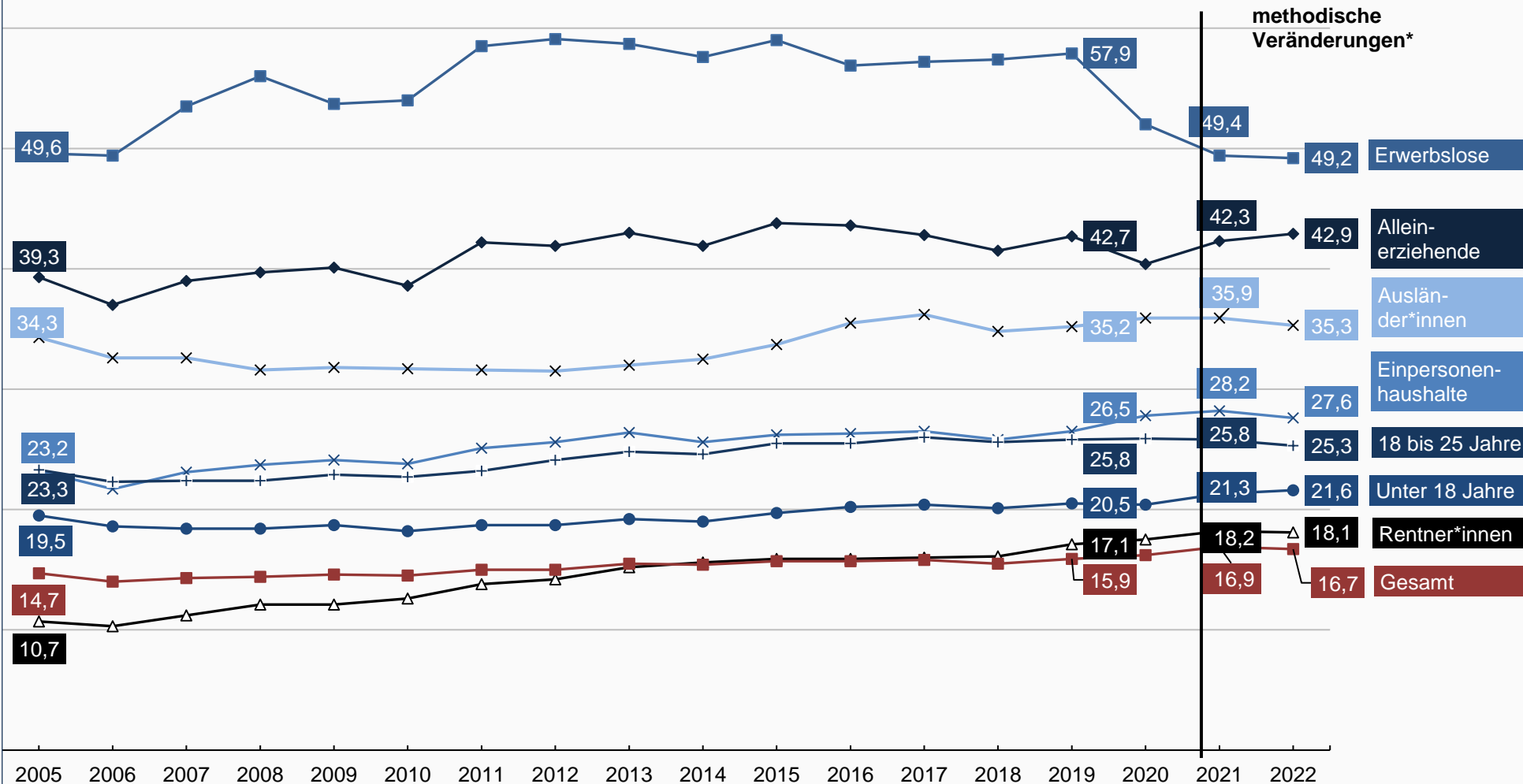


■ Armutsgefährdungsquoten¹ nach ausgewählten Merkmalen 2005 - 2022 in % der jeweiligen Bevölkerung, Armutsschwellwert 60% des Durchschnitts (Median)



methodische Veränderungen*

* Die Ergebnisse des Mikrozensus sind ab dem Jahr 2020 durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Das Erhebungsjahr 2020 war Corona-bedingt von Einschränkungen bei der Erhebung betroffen, so dass die Aussagekraft der entsprechenden Werte eingeschränkt ist.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023), Sozialberichterstattung - Datenbasis: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquoten nach ausgewählten Merkmalen 2005 - 2022

Der Anteil der Bevölkerung, die als einkommensarm zu bezeichnen sind, hat sich zwischen den Jahren 2005 und 2022 von 14,7 auf 16,7 % erhöht (vgl. [Abbildung III.70](#)). Ein Armutsrisiko bzw. eine Armutsgefährdung liegen dann vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die zur Abdeckung des sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind.

Wenn die die Armuts(risiko)grenze bei 60 % des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens (Median) angesetzt wird, dann zeigt sich für Deutschland, dass es einzelne Bevölkerungsgruppen gibt, die im besonderen Maße einer Armutsgefährdung unterliegen (vgl. auch [Abbildung III.72](#) und [Abbildung III.73](#)). Dazu zählen insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende, und Ausländer*innen.

Rentner*innen und Pensionär*innen hingegen waren lange Zeit nicht überproportional von Einkommensarmut betroffen. Seit dem Jahr 2014 liegt jedoch auch ihre Armutsgefährdungsquote über dem gesamtdeutschen Wert mit stetig steigender Tendenz. Schaut man genauer auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre so fällt auf, dass die Armutsbetroffenheit der Rentner*innen und Pensionäre mit einem Zuwachs von 7,4 Prozentpunkten am stärksten angewachsen ist.

Methodische Hinweise

Als einkommensarm gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes pro-Kopf Haushaltseinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) weniger als 60 % des mittleren, am Median gemessenen Nettoäquivalenzeinkommens beträgt. Zur Armutsdefinition und zum Berechnungsverfahren im Detail vgl. die methodischen Hinweise in [Abbildung III.70](#).

Die Daten entstammen dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Haushaltsbefragung, in der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland, ausgewählt nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren, zu ihrer Erwerbsbeteiligung, ihrer Ausbildung sowie zu ihren Lebensbedingungen befragt werden. Im Jahr 2022 wurden etwa 810.000 Personen befragt. Bei den berichteten Werten handelt es sich um vorläufige Erstergebnisse. Insbesondere der Vergleich der Daten ab 2020 mit den Vorjahren ist eingeschränkt, da es zu weitreichenden Änderungen in der Erhebung sowie zu Erhebungsproblemen im Zuge der COVID-19-Pandemie kam. Die Trendaussage der Daten ist jedoch belastbar

Auf Befragungen basierende Daten über die Einkommensverteilung haben mit dem Problem zu kämpfen, dass die Befragten bei der Selbsteinschätzung nicht immer alle Einkommensbestandteile korrekt angeben können bzw. wollen. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Bezieher*innen sowohl von sehr hohen als auch von sehr niedrigen Einkommen seltener an freiwilligen Erhebungen teilnehmen.

Eine weitere, häufig für Einkommens- und Armutsanalysen genutzte Datenquelle ist das SOEP (Sozio-ökonomisches Panel). Zu den aus dem SOEP ermittelten Armutsquoten vgl. [Abbildung III.14](#) und die [Abbildungen III.24](#). Angesichts der geringen Fallzahlen ist beim SOEP eine differenzierte Analyse der Armutsquoten nach Bundesländern und Städten nicht möglich.